

Nr. **XIX.GP-NR**
1051 /J
1995 -04- 27

ANFRAGE

des Abgeordneten Anschöber, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Justiz

betreffend European Kings Club

Im November 1994 wurde die Chefin des European Kings Club, Tamara Bertges in Klagenfurt verhaftet. Nun liegen nach Veröffentlichungen in verschiedenen Medien erste Details über das Innenleben des Kings Club vor. Mit Stand vom 24. Jänner 1995 investieren 16.551 Österreicher, 37.217 Deutsche, 19.770 Schweizer, 862 Franzosen, 123 Kanadier und 359 Amerikaner in den Kings Club. Teilweise wurden enorme Summen investiert: Spitzenreiter ist ein Österreicher, der 22,5 Millionen Schilling in den EKC Kreislauf pumpte. 13 weitere Österreicher zahlten jeweils mehr als 5 Millionen Schilling ein. Verteidiger des European Kings Club behaupten nach wie vor, daß es nur Gerüchte seien, daß die Betreiber des EKC hier eine Art Schneeballsystem aufgebaut hätten und mit dem Geld von neuen Anlegern die Gewinne für die Altzeichner ausbezahlten. Für behauptete effiziente Investitionen konnte ein Nachweis seitens der EKC nicht erbracht werden. Statt dessen liefern vertrauliche Buchhaltungsunterlagen, die von den Salzburger Nachrichten veröffentlicht wurden, den Beleg dafür, daß seitens des EKC Managements enorme Summen kassiert wurden, daß eine Geschäftsverbindung zur Wiener Bank Effect Invest besteht und darüber hinaus belegen sie massive Hinweise, daß beim EKC nur Geld umgeschichtet wurde. Unter anderem wurde dabei eine Monatsgage von 3,8 Millionen Schilling für einen EKC Manager belegt.

Aus diesem Grund richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Justiz folgende schriftliche

ANFRAGE:

1. Seit wann werden Ermittlungen gegen einzelne Aktivisten des European Kings Club durchgeführt?
2. Welche Ermittlungsschritte wurden bisher verwirklicht und gegen welche Personen wird ermittelt?
3. In welchem konkreten Verfahrensstadium befinden sich die Ermittlungen?
4. Welche konkreten Verdachtsmomente liegen vor?
5. Welche konkreten Verfahrensschritte sind für die nächste Zeit diesbezüglich geplant?
6. Welche Rechtsmittel wurden seitens der Betroffenen gegen diese Erhebung eingebracht und welches Ergebnis zeigten diese Einwendungen?